Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks=Zeitung!

Reichstag.

86. Sitzung. Freitag, den 2. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, Graf Roedern, von Stein.

Kurze Anfragen.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) weist auf das Lagern erheblicher Kleievorräte in den einzelnen Provinzen hin, ohne daß die Landwirte Kleie erhalten können, und fragt, ob der Reichskanzler zur Unterstützung der Landwirtschaft und für die Volksernährung durch Erreichung vermehrter Milcherzeugung einzutreten bereit ist.

Ein Regierungskommissar: Die Kleievorräte sind nicht so groß, als man vielfach annimmt. Was die Militärverwaltung entbehren kann, ist zum Teil schon an die Zivilbevölkerung abgegeben, der Rest wird demnächst zur Ausschüttung gebracht.

Abg. Graf v. Westarp lenkt die Aufmerksamkeit auf die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Gefangenen und bittet um Auskunft über die dagegen unternommenen Schritte.

Ministerialdirektor Dr. Kriege: Die Reichsregierung hat von Anfang des Krieges an alles getan, um die Behandlung unserer Gefangenen in feindlichen Ländern zu verbessern. Sie ist auch zu Vergeltungsmaßregeln geschritten, nicht um an Wehrlosen Rache zu nehmen, sondern lediglich, um für unsere in Gefangenschaft geratenen Landsleute eine dem Völkerrecht entsprechende Behandlung durchzusetzen. Offenbare Barbareien der Gegner ahmen wir allerdings nicht nach. In einer Reihe von Fällen ist durch die Vergeltungsmaßnahmen der gewünschte Erfolg erzielt, leider nicht in allen Fällen. Die Reichsregierung ist dauernd bestrebt, das Los unserer Gefangenen zu verbessern. Ein Weißbuch über diese unsere Tätigkeit wird dem Reichstag heut oder morgen zugehen.

Vierter Tag der ersten Beratung des Etats und der Kriegssteuern.

Oberst Wriesberg:

Der Abg. Stresemann hat dem General v. Loewenfeld Mangel an Takt vorgeworfen. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. Wenn der Abg. Stresemann zweifelt, ob der General v. Loewenfeld an der richtigen Stelle steht, so will ich ihn von seinen Zweifeln befreien, indem ich ihn bitte, die Entscheidung dieser Frage der zuständigen Stelle zu überlassen. (Heiterkeit.)

Abg. Haußmann (Vp.):

Von deutscher Gefühlsduselei bei den Vergeltungsmaßnahmen gegen Gefangene zu sprechen, war dem Kriegsminister wenig glücklich. Herr Ledebour hat es sich selbst zuzuschreiben, daß er nicht ernst genommen wird. Seine Rede hier war nur möglich, weil andere die Vernunft haben, dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht zu tun. Das deutsche Friedensangebot war ein ehrliches, und die Verantwortung für die Weiterführung des Krieges liegt bei unseren Gegnern mit ihren übertriebenen Forderungen. Wie das bei unseren Gegnern wirkt, könnte Lloyd George zu seiner Ueberraschung erfahren, wenn England ein Waffenstillstand zur Vornahme einer Abstimmung an der Front bewilligt würde. Bei den übertriebenen Kriegszielen der Alldeutschen soll man nicht vergessen, daß der Verband gegründet wurde, um gegen Caprivi Sturm zu laufen, als er Helgoland für das Reich durch Hingabe von Zanzibar erwarb. Das sollte Verrat am Vaterlande sein. Dieselbe

Dilettantenhaftigkeit in der Beurteilung historischer Vorkommnisse

zeigt die alldeutsche Agitation auch heute. (Sehr gut! b. d. Vp.) Amerika steht jetzt vor wichtigen Entscheidungen. Für uns gibt es im Unterseebootkrieg jetzt keine Halbheit; nicht aus Laune und Uebermut wird er geführt, sondern aus Notwehr. (Lebhafte Zustimmung links.) Zwischen Amerika und Deutschland gibt es überhaupt kein Kriegsziel, und ein solcher Krieg wäre daher der wahnwitzigste. Wenn die Neutralen durch den U-Boot-Krieg in die Gefahr einer Hungersnot kommen, so tragen wir nur den kleinsten Teil der Schuld. Die Hauptschuld haben unsere Gegner. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Bei den Steuern werden wir eine Kohlensteuer nicht vermeiden können und ebensowenig Verkehrssteuern, mit direkten Steuern allein werden wir in der gegenwärtigen Situation leider nicht auskommen. — Auf die große Gefahr, daß weiterer Besitz in Deutschland gebunden werden soll, will ich im einzelnen nicht eingehen. Graf Westarp freilich hält schon das für ein unberechtigtes Hineinreden in Dinge des preußischen Landtages. Aber gerade das Hineinreden dem Reichstag gegenüber ist ja dort Mode und entspringt dem Machtbedürfnis des preußischen Landtages, der seine Macht mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts aufrechterhalten will. Den schönen Ueberzeugungen des Reichskanzlers stehen starke Widerstände entgegen und die Betätigung dieser Ueberzeugungen konnte wohl zu Anfang des Krieges aufgeschoben werden, aber jetzt geht das nicht mehr an. (Lebhafte Zustimmung links.) Man spricht soviel davon, daß das parlamentarische System nichts tauge. Nun wir kennen nur ein unparlamentarisches System, und was leistet dieses denn! Jede Fühlung zwischen Parlament und Verwaltung fehlt. Der Reichskanzler darf sie nicht suchen, weil er sonst „Kronrechte" preisgebe. Und wie wird bei uns gearbeitet und wer arbeitet! Es hat sich am Sonntag ein Ausschuß von Männern gebildet, um das Vaterland zu retten. Das Ziel war:

Sturz des Reichskanzlers.

Das Mittel: Entfachung einer großen Bewegung, Volksversammlungen, Sammlungen von Geld, Eingaben an den Reichstag. Die Einladung ist versandt worden an die „besten und königstreuen Männer", und es hat der Einladende die Freundlichkeit gehabt, alle Beschlüsse, die gefaßt werden sollten, bereits im Entwurf mitzuteilen. Es ist also mitgeteilt worden: erstens eine Eingabe an den Reichstag mit einer Anklage gegen den Reichskanzler, in der alle falschen und entstellten Angaben aus den sattsam bekannten Broschüren wieder auftauchen. Als neuer Punkt wird hinzugefügt, daß nunmehr bekannt sei, der Kaiser und nicht der Kanzler sei der Urheber des Friedensangebotes, während doch der Kanzler den Anschein erweckt habe, als sei es von ihm ausgegangen. Die Unterzeichneten verlangen, der **Feldmarschall von Hindenburg soll der Reichskanzler werden.** (Heiterkeit.) Eine Vermehrung der Arbeit würde dadurch nicht stattfinden, die Diplomatie müsse übergehen in die Kriegführung, was übrig bleibt an politischen und diplomatischen Formalien (Große Heiterkeit), das könnten die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre ausführen.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus müssen sofort zu Sondersitzungen zusammentreten, um zu den genannten Fragen Stellung zu nehmen. Stolpere man doch jetzt nicht über Zwirnsfäden. (Lebhaftes Hört! hört! links und im Zentrum.) Es ist dann auch eine Eingabe an Seine Majestät öffentlich ausgelegt worden, in der es heißt: „**In dieser entscheidenden Stunde wagen es die Unterzeichneten untertänigst, Euer Majestät zu bitten, Herrn v. Bethmann Hollweg zu entlassen.** (Hört hört! links und im Zentrum.) Sie sind sich der Ungewöhnlichkeit ihres Schrittes bewußt. (Stürmische Heiterkeit links und im Zentrum.) Aber die Zeit ist so furchtbar ernst, daß auch die Ungewöhnlichkeit berechtigt ist, zumal, wenn sie

aus Liebe zu Kaiser und Reich

geschieht. (Stürmisches Hört! hört! links und im Zentrum.) Durch den furchtbaren Krieg sind Kaiser und Volk eins geworden, so daß irgendwelches Mißverständnis von Bitten, die Deutsche an ihren Kaiser richten, ausgeschlossen ist. (Lachen links und im Zentrum.) Die Entlassung von Ministern ist ein Thronrecht, und wir wollen an diesem Thronrecht selbstverständlich nicht rühren. Die ehrerbietige Bitte aber, dieses Thronrecht auszuüben zum Heil des in seinem Bestande bedrohten Vaterlandes, findet gerecht verankert in der Not der Zeit und in der Liebe und Ergebenheit der Unterzeichneten zu Kaiser und Reich." (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum. Bewegung im Hause.) So schlängelt man sich heran, so schmeichelt man, wenn man sich die gröbsten Eingriffe in die angeblich geheiligten und hochgehaltenen Thronrechte herausnimmt. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Da heißt es dann weiter: „Mit einer geradezu verhängnisvollen Verblendung hat Bethmann Hollweg sich

den Haß der besten, königstreuen Kreise

zugezogen, und sich diese Kreise entfremdet". (Lebhaftes Hört, hört! links und im Zentrum.) In dieser Weise arbeitet man mit direkt unwahren Tatsachen! Aber das ist noch nicht einmal das Schlimmste. (Hört, hört! links.) Man sucht das Hauptquartier, die Personen, die unser höchstes Vertrauen besitzen und mit dem Respekt und der Bewunderung aller Deutschen umgeben sind und umgeben bleiben sollen, in diese parteitaktischen Umtriebe hereinzuziehen. (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum.) Da wird erklärt: „Der Feldmarschall ist wegen seiner absoluten Unentbehrlichkeit (Stürmisches Gelächter links) schlechterdings unabsetzbar. (Lachen links und im Zentrum.) Kaiserliche Gnade oder Ungnade können ihn nicht berühren. Er allein in Verbindung mit Ludendorff sind Wächter über Deutschlands und Preußens Ehre und Bestand und damit auch der Hüter der Hohenzollerndynastie als Trägerin der Kaiserkrone und der Königskrone von Preußen. Denn beide Throne sinken in den Staub, wenn es uns nicht gelingt, in diesem Kriege zu siegen. Was der Feldmarschall will, geschieht, und,

wenn es zu einem Gegensatz käme, entweder Hindenburg oder Bethmann, dann wäre die Beseitigung Bethmanns gesichert.

Die Zukunft unseres Volkes und seiner Fürstendynastie fordert die Herbeiführung dieses Gegensatzes." (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum. — Zurufe: Schutzhaft!) Mit diesem Schreiben, das dem Feldmarschall vorgelegt werden soll, haben sich durch Unterschrift einverstanden erklärt:

Geheimrat Kirdorf-Mühlheim-Ruhr, Geheimrat Körting-Hannover, Admiral v. Knorr-Berlin (Hört! hört!), Rechtsanwalt Bebold-Sauen, Fürst Otto zu Salm-Horstmar (Hört! hört!), Professor Dr. Schmelzer-Hannover, Rechtsanwalt Freygang-Chemnitz,

also zwei sächsische Rechtsanwälte. (Stürmische Zurufe: Schutzhaft!) Die Herren sind tatsächlich am Sonntag

im Hotel Adlon

zusammengekommen und haben den Mut gehabt, über diese Eingaben zu beraten. Es ist ihnen gottlob dadurch das Gewissen geschärft gewesen, daß ihr Treiben bekannt war. (Zuruf links: Sie haben ja gar keins!) — Unruhe rechts.) Sie haben tatsächlich von morgens bis abends darüber beraten, ob sie diese Eingaben wirklich machen wollen. Zu der Beratung hatte sich noch ein anderer Schwerstarbeiter (Heiterkeit) eingefunden, Geheimrat Duisberg, und er hat dort ganz besonders das Wort geführt. Von den Beratungen will ich Ihnen nur einige Kostproben mitteilen. So wurde als einer der geistreichsten Ausdrücke fortgesetzt die Bezeichnung „Die Ohrwürmer der Wilhelmstraße" gebraucht. (Große Heiterkeit links und im Zentrum.) Ein Redner verlangte nicht die Ersetzung des preußischen Landtagswahlrechtes durch das Reichstagswahlrecht, sondern sagte,

zeitgemäß sei die Ersetzung des Reichstagswahlrechts durch das preußische Dreiklassenwahlrecht.

(Stürmisches Gelächter links und im Zentrum.) Geheimrat Duisberg, der einmal im Hauptquartier gewesen und dessen Auftreten deshalb ganz besonders unqualifizierbar war, hat ja schon im vorigen Sommer Vorträge gehalten und hat z. B. in einer Versammlung in Düsseldorf die Abberufung Bethmanns verlangt mit der schönen Wendung: „**Was uns heute nottut, sind klare Augen, Falkenaugen**". (Große Heiterkeit links und im Zentrum.) Damals hatte man Herrn v. Falkenhayn als Nachfolger Bethmanns angesehen. Seitdem in der Besetzung der Obersten Heeresleitung eine Aenderung eingetreten ist, hat sich Geheimrat Duisberg sofort mitgeändert und so tritt er jetzt anstatt für Falkenhayn für den

Feldmarschall Hindenburg als Nachfolger Bethmanns

ein. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Die ganze Aktion, die ganze Bombe hat sich glücklicherweise als ein Blindgänger erwiesen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die Herren hören nicht auf zu sagen, daß sie Millionen hinter sich hätten. (Zurufe links: Millionen Mark! Große Heiterkeit.) In ihrem Einladungsschreiben haben sie sich darauf berufen, Graf Westarp habe ihr Erscheinen zugesagt. Wir haben daraufhin Kenntnis erhalten von einem interessanten Briefe des Grafen Westarp, aus dem hervorgeht, daß er tatsächlich mit dem Entrepreneur der Sache eine Besprechung gehabt und sich von ihr zurückgezogen hat, nachdem er Kenntnis von dem Inhalt des Beratungsmaterials erhalten hatte. Es wäre aber auch ein Maß von unpolitischem Verhalten, das wir dem Grafen Westarp am wenigsten zutrauen, gewesen, wenn er in diese Falle gegangen wäre, nachdem er gesehen hatte, wohin der Hase lief. Graf Westarp hat den Fuß rechtzeitig zurückgezogen, aber nicht ohne eine kleine Schürfung davonzutragen und nicht ohne den nach meiner Ansicht kompromittierenden Schluhsatz, daß eine politische Veranstaltung zurzeit nicht angängig sei. Graf Westarp hätte diesem Treiben gegenüber ganz anders abwinken müssen als dadurch, daß er schrieb, zurzeit seien solche Veranstaltungen nicht angängig. (Lebhafte Zustimmung links.) Das klingt ja geradezu wie eine Aufforderung, es in einer späteren Zeit zu machen, wo man dann vielleicht auf

die wertvolle Mitarbeit des Führers der konservativen Partei

rechnen kann. Nicht so vorsichtig wie Graf Westarp war der Abgeordnete v. Graefe (Abg. Werner-Gießen: Er denunziert weiter! — Lachen.) Als der Reichskanzler am 12. Dezember dem Reichstage Mitteilung von dem Friedensangebot machte, da saß bekanntlich die ganze Rechte da, ohne auch nur ein Wort des Beifalls oder der Zustimmung zu äußern. Der Abgeordnete v. Graefe aber hat sich nicht beherrschen können und hat wiederholt gerufen:

Skandal! Skandal!

(Stürmisches Hört! hört! links.) Jetzt freilich hat Graf Westarp ausgesprochen, daß dieses Friedensangebot des deutschen Kaisers die volle Sympathie seiner Partei genieße. (Zurufe links: Jetzt!) Wie sehr sind Sie, Graf Westarp, uns zu Danke verpflichtet, daß wir Sie damals nicht haben reden lassen. (Sehr gut! links.) Und wenn Sie das nicht zugeben wollen, so werden Sie doch zugeben müssen, daß es klug von uns war, die Rede des Herrn Ledebour nicht im Dezember halten zu lassen. (Sehr richtig! links.) Wenn das Friedensangebot mit den Reden des Grafen Westarp und des Herrn Ledebour hinausgegangen wäre, es wäre der schlimmste politische Fehler gewesen, den Deutschland hätte machen können. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum.) Wir haben uns verdient gemacht, daß wir verhindert haben, das Friedensangebot durch solche Reden entstellen zu lassen. Ich freue mich, daß die Nationalliberalen sich gegen die Adlon-Konferenz glatt ablehnend verhalten haben und ich hoffe, daß sie es dabei nicht bewenden lassen, sondern sich noch anzanders gegen diese Umtriebe wenden. Sie werden wohl auch einen Herrn, der unter der nationalliberalen Flagge eine ähnliche Agitation betreibt, von sich abschütteln. (Unwillige Zurufe: Dr. Stresemann.) Ich meine Herrn Bacmeister. (Heiterkeit links.)

Es war einmal notwendig, Luft und Licht in diesen

alldeutschen Mauerschwamm

zu bringen. (Beifall links.) Wenn einst die Geschichte dieser Tage geschrieben wird, dann wird sie diese Umtriebe als symptomatischen Beweis dafür ansehen, daß wir vor dem Kriege noch nicht zu den Entwicklungsstadien des öffentlichen Lebens gekommen waren, die dieser Weltkrieg als Notwendigkeit und als ein Moment der Stärke für Deutschland erbrachten. Wir haben die Kraft, alles zu überstehen. Wir haben vor dem Kriege keine Scharfmacher gebraucht und brauchen sie während des Krieges erst recht nicht, denn das deutsche Volk hat so selbstverständlich seine Pflicht getan, so heldenmäßig, so schön, daß alle Befürchtungen widerlegt worden sind. (Beifall links.) Die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kriege war geradezu glänzend. Wir stehen alle zusammen, Stadt und Land, Bauern und Arbeiter. Alle Kreise geben ihr Bestes, auch der Adel, was wir gern anerkennen. (Beifall.) Politische Gegensätze hindern uns nicht, offen zu sagen, daß der Adel mit seinen Führereigenschaften Ausgezeichnetes geleistet hat. (Beifall.) Nur soll er nicht so tun, als ob bürgerliche Führer nicht auch ihre Schuldigkeit getan. Das deutsche Volk hat gelernt und wird weiter lernen. Die Weltgeschichte wird dereinst das Volk als Sieger im Weltkrieg bezeichnen, das am meisten aus dieser schweren Zeit gelernt hat, die wir in einer Konzentration der Stimmungen durchmachen und die es nicht nötig machen sollte, solche Auseinandersetzungen herbeizuführen. (Sehr gut!) Nur zur Vermeidung weiterer Gefahren war es einmal notwendig, diese Dinge öffentlich zur Sprache zu bringen. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Schiele (k.):

Meine politischen Freunde danken mit dem ganzen Hause dem Kriegsminister (große Heiterkeit auf vielen Bänken, weil der Redner in diesem Augenblick die vorbereitete Rede hält) für die Entschiedenheit, mit der er sich des Loses der deutschen Kriegsgefangenen angenommen hat. Aufklärung wäre darüber notwendig, inwieweit dänische Zeitungsmeldungen recht haben, daß über den U-Boot-Krieg deutsch-dänische Verhandlungen stattgefunden hätten. Die Art, wie der Kollege Keil den ruhigen sachlichen Ausführungen des Grafen Westarp entgegentrat, war durchaus nicht gerechtfertigt. Mit Unrecht wirft er uns übertriebene Annexionssucht vor. Aber der Kollege Keil mag sich einmal in den Schützengräben umsehen, was die dort befindlichen Sozialdemokraten als ihr Ziel betrachten. (Sehr richtig! rechts.) Bei uns ist die Fühlung mit den Schützengräben, die die Kollegen Keil und Scheidemann uns absprechen, in reichstem Maße vorhanden. Die Einstellung von 5 Millionen in den Etat für die Kriegsbeschädigten zur Erwerbung eigenen Landes ist zu begrüßen. Die Ansiedlung deutscher Kriegsbeschädigter in dem zu erwerbenden Kurland und Litauen wird unsere Entwicklung aufs günstigste fördern. Es wird zu viel organisiert. Wir organisieren uns fast zu Tode. Es ist unrecht, daß in den Arbeiterausschüssen des Hilfsdienstes nur Gewerkschaftsvertreter sind, die doch nur ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft ausmachen. Ohne Kriegsentschädigung müssen wir von der Vermögenssubstanz im Reiche leben. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Zimmermann:

Dem Abg. Schiele erwidere ich: An sich würde mir eine Dampferverbindung zwischen Dänemark und Norwegen unbedenklich erscheinen. Wir haben zwar eine Handelssperre gegen unsere Feinde ausgesprochen, aber nicht erklärt, daß wir den Verkehr zwischen den neutralen Staaten unterbinden wollen. Die Verbindung von Dänemark nach Aberdeen wird [illegible] von unseren Unterseefahrzeugen ganz genau beobachtet, ebenso die Schiffsverbindung von Norwegen nach England. Ich hoffe, daß auch diese Schiffe von den Unterseebooten in den Grund gebohrt werden. Meinen vorgestrigen Auslassungen über die dänischen Verhandlungen habe ich nichts hinzuzufügen. Im übrigen verweise ich auf meine Ausführungen in der Kommission. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freiherr v. Gamp (Dtsch. Fr.):

Wenn Herr Scheidemann wieder den [illegible] Entschädigungsfrage vertreten hat: Jeder trage seine [illegible] sich der Tragweite dieser Aeußerung wohl nicht ganz bewußt. Wir müssen auf jede Weise sehen, unsere schwer belasteten Finanzen zu verbessern. Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich würde ein großes Loch in die preußischen Finanzen reißen und ist natürlich während des Krieges praktisch ganz undurchführbar. Dasselbe trifft für die Verstaatlichung der Elektrizitätswerke zu. Der Ton, den der Herr Kriegsminister in der Frage der Behandlung deutscher Gefangener anschlug, klang erfreulich anders als die früheren Erklärungen des Vertreters des Auswärtigen Amts in der Kommission, der meinte, wir könnten nicht an Wehrlosen Rache üben. Ich sage, auf einen Schelm gehören anderthalbe, sonst erreichen wir nichts für unsere Gefangenen. (Bravo! rechts.) Das wirksamste wäre, eine Anzahl

Notabeln aus den besetzten französischen Gebieten

vor unsere Front zu bringen. Hier noch von Humanität zu reden, angesichts dieses brutalen Vorgehens gegen unsere Gefangenen, zeugt wirklich von einem Mangel an Empfindung. (Sehr richtig!) Das Vorgehen des Grafen Hoensbroech verdient wirklich nicht das Aufheben, das man davon macht. Der Blindgänger ist ja schon krepiert. Also ganz unschädlich. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg hätte drei Monate früher begonnen werden müssen, dann wären wir heute weiter. (Sehr richtig! rechts.) Die Fideikommisse sind unbedingt notwendig zur Erhaltung des Waldes. Den Kriegswucherern ist der Zugang zu den Fideikommissen durch das preußische Gesetz unmöglich gemacht. Auf der anderen Seite muß noch ihm Land frei bleiben für Arbeitersiedelungen. Redner begrüßt schließlich die vom Reichstagspräsidenten angeregte U-Boot-Spende. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Die polnische Nation hat immer den Wahlspruch: „Toujours en vedette!" (Stets auf Wachtposten!) betätigt, aber keineswegs ist das polnische Volk von Haß gegen die deutsche Nation erfüllt, lediglich die Liebe zu unserem eigenen Volk, unsere Pflicht gegen unsere tausendjährige Geschichte und Kultur hat uns bei unserem Tun geleitet. Die Abwendung von der Kabinettspolitik, die der Reichskanzler verkündete, hat in unseren Herzen ein besonderes Echo ausgelöst. Was immer auch die Zukunft für das polnische Volk im Schoße hat, ist für alle gegenwärtig durch einen blutigen Schleier verdeckt. Aber was auch geschehen möge, die polnische Bevölkerung wird die Worte der Fürsorge, die sie jetzt während des Krieges gehört hat, nicht vergessen. (Bravo!) Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Friede uns bald beschieden sein möge. (Bravo!)

Abg. Henke (Soz. Arbg.):

Die Grausamkeiten gegen die Gefangenen können unseren Abscheu gegen den Krieg nur vermehren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170303/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG